

Entwurfs- /Architekturkonzept

Leitidee & Entwurfskonzept

Das städtebauliche Umfeld des Wettbewerbsgrundstück zeichnet sich heute durch eine fragmentierte und heterogene Bebauungsstruktur aus. Durch den Rückbau des bestehenden Gebäudekomplexes wird eine städtebauliche Neuorientierung und strukturellen Neudisposition des Standortes im Quartier sowie mit dem Grüngürtel. Der Entwurf entwickelt seine städtebauliche Signifikanz durch eine quartiersgerechte städtebauliche Körnung und Maßstäblichkeit.

Es entsteht eine ausgewogene Gebäudekomposition, die in den Dialog mit dem Grüngürtel sowie dem gebauten Umfeld tritt. Dabei scheint ein Hochhaus inhaltlich und formal nicht angemessen. Der Entwurfsverfasser sieht ganz bewusst aus Gründen der städtebaulichen Verhältnismäßigkeit als auch der funktionalen Anforderung von der Umsetzung eines Hochhauses integrierten Konzeptes ab. Die Baukörper orientieren sich in Geschossigkeit und Dimensionierung an der Nachbarbebauung wie dem neuen historischen Stadtarchiv oder den Universitätsgebäuden. So fügt sich das Justizzentrum Köln in die Höhenentwicklung für die Innere Stadt ein und formuliert dabei eine angemessene Antwort in Bezug auf die städtebauliche Vernetzung, öffentliche Zugänglichkeit und Wahrnehmung sowie die Schutzbereiche.

Aus Grüngürtel und Stadtraum lässt sich der zweigeschossige Sockel sowie die zweigeschossige Zugangsgalerie des Neubaus eindeutig ablesen. Über einen zentralen Haupteingang mit Magistrale werden die öffentlich zugänglichen Bereiche der Sitzungssäle und die Büroebenen von Land- und Amtsgericht erschlossen. Es entsteht ein eigenständiger Stadtbaustein, der sich mit dem stadträumlichen Umfeld schlüssig vernetzt und dem Inneren Grüngürtel verwebt.

Städtebauliche Einbindung

Das Konzept sieht 5- bis 6-geschossige Baukörper vor, die durch eine straßenbegleitende Bebauung entlang der Luxemburger Straße im Westen und der Rudolf-Amelunxen-Straße im Osten eingerahmt werden. Durch ein leichtes Versetzen der Baukörper werden angenehm proportionierte Plätze im südlichen Quartier und entlang des Grüngürtels geschaffen.

Gleichzeitig formt die Komposition ein Wechselspiel zwischen bebauter Raumkante und Grünraum, sodass auch die Adressen des Gebäudes klar artikuliert und ablesbar werden und mit dem angrenzenden Freiraum korrespondieren. Zusammenfassend entwickelt sich das neue Justizzentrum im Zusammenspiel mit den baulichen und grünräumlichen Elementen, schafft eine städtebauliche Verwebung und komplementiert die Bebauungsstruktur entlang des inneren Grüngürtels.

Verkehrskonzept

Das Verkehrskonzept zielt auf eine nachhaltige Mobilität im individuellen Bereich unter Berücksichtigung der funktionalen Bedürfnisse des Justizzentrums ab. Nichtmotorisierter Individualverkehr (insb. Fußgänger und Radfahrer) wird durch das vorliegende Konzept deutlich gestärkt und erhält großzügige Bewegungs- und Aufenthaltsräume sowie Abstellmöglichkeiten (Mobility Hubs). Alternativen zum motorisierten Individualverkehr werden klar gestärkt, wobei gleichzeitig funktionale Verkehre (Justizverkehre/Anlieferung/etc.) mit größtmöglichem Komfort die jeweiligen Funktionsbereiche ansteuern können.

Über Tiefgaragen und ein neues Parkhaus wird der Bedarf für den ruhenden Verkehr abgedeckt, wobei die Hauptparkflächen im östlichen Baufeld realisiert werden. Gefangenentransporte werden unter Berücksichtigung aller Sicherheitsbelange direkt von der Hans-Carl-Nipperdey-Straße über das Gelände geleitet und verlassen im Anschluss über die Rudolf-Amelunxen-Straße ohne Wendefahrt das Gelände. Die Anlieferung erfolgt überwiegend im Südbereich der Gebäude über die geplanten Wirtschaftshöfe.

Freiraumplanung

Die Leitgedanken der städtebaulichen Konzeption werden durch die Freianlagenplanung konsequent unterstrichen. Zum zentralen Fokus des Ensembles wird der neugeschaffene Platz der Justiz. Dieser Platz ist höhengestaffelt und gliedert sich in zwei Bereiche. Das obere Niveau ist an den Inneren Grüngürtel angegliedert und durch weite Grünflächen geprägt, während das untere Niveau den Auftakt des Justizzentrum formt. Eine großzügige Treppe mit Begrünung Rampenanlage vermittelt zwischen den unterschiedlichen Geländeniveaus und lädt überdies zum Verweilen und Aktivwerden ein.

Erschließung

Die Durchfahrt für den motorisierten Individualverkehr (MIV) über die Hans-Carl-Nipperdey-Straße (HCN) ist zukünftig in Fahrtrichtung Südost nicht gestattet. Eine zusätzliche Wendefahrt unmittelbar vor der Einmündung auf das Gelände des Justizzentrums ermöglicht eine Abtrennung ungewollter Verkehre bereits vor dem Gelände. Der öffentliche Personennahverkehr funktioniert weiterhin über den Platz. Fuß- und Radverkehre gelangen vor allem über den repräsentativen Vorplatz, an dem sich ebenfalls die Bushaltestelle befindet, zum Grüngürtel. Der Platz der Justiz sowie der östliche durchfahrtseingeschränkte Straßenraum der HCN sind nach dem Prinzip des „Sharedspace“ geplant.

Die Straßenbahn an der Luxemburger Straße wird über die geplanten neuen Querungen erreicht. Anliegerverkehre, Lieferverkehre sowie Gefangenentransporte oder Rettungskräfte haben unterschiedliche Möglichkeiten auf das Gelände zu gelangen. Die Hauptanbindung von der Luxemburger-Straße erfolgt über die HCN und ermöglicht hier die Weiterfahrt bis zu der Bestandstiefgarage für Anlieger, die Wirtschaftshöfe sowie die Durchfahrt für Gefangenentransporte. Weitere Anlieferungen und Tiefgaragenzufahrten sowie ein geplantes Parkhaus sind auch über die Rudolf-Amelunxen-Straße (RAS) erreichbar. Die Feuerwehr erreicht die unterschiedlichen Gebäudeteile über Vorplätze, Wirtschaftshöfe oder Anlieferungszone über die Luxemburger Straße, HCN oder RAS und somit aus allen vorhandenen Straßenzügen. Das Landegelände des Hubschraubers befindet sich im Südosten im Wirtschaftshof in unmittelbarer Nähe der Gefangenenzuführung. Durch die niedrige Gebäudehöhen entlang der RAS sind alle Anforderungen sowie die Hindernisfreiheit gegeben.

Funktionalität

Baulich gegliedert ist das Justizzentrum in vier Bereiche: die Büroebenen von Land- und Amtsgericht, die Zivilsitzungssäle, die Strafsitzungssäle und die Staatsanwaltschaft. Der mehrgeschossige zentrale Haupteingang mit Galeriegeschoss ermöglicht die Erschließung der Bürobereiche sowie der Sitzungssäle. Alle sicherheitsrelevanten Anforderungen werden beim Betreten des zentralen Haupteingangs erbracht. Aus dem Eingangsbereich erfolgt dann die Erschließung des Gebäudeensembles. Über die Galerie im ersten Obergeschoss können die Bürobereiche des Land- und Amtsgerichts erschlossen werden. Jeweils eine dem Eingangsbereich zugeordnete Treppe und Aufzugsgruppe gewährleistet die vertikale Erschließung der Funktionseinheiten. Zusätzlich gibt es einen weiteren, untergeordneten Zugang für Bedienstete vom Platz der Justiz. Die Staatsanwaltschaft verfügt über einen separaten Zugang mit separater Sicherheitsschleuse.

Materialien / Konstruktion

Die Dachflächen werden intensiv begrünt und darüber mit aufgeständerten PV-Anlagen genutzt. Durch die kompakten Baukörper, hochgedämmte Fassaden und Energiegewinnung wird das Ziel eines klimaneutralen Neubauesensembles sowie die Vision des klimaneutralen Quartiers verfolgt. In der hochbaulichen Umsetzung wird durch einen hohen Vorfertigungsgrad besonders ressourcenschonend geplant, was u.a. auch die Bauzeiten verkürzt. Die verwendeten Materialien werden in einem BIM basierten Material Passport erfasst, so dass jederzeit der Materialwert der Gebäude ermittelt und letztlich die Gebäude dem Materialkreislauf wieder zugeführt werden können. Zudem wird ein zertifizierter Rückbau der Bestandsgebäude angestrebt.